

Wie groß sind die Beschäftigungsverluste aufgrund eines allgemeinen Mindestlohns?

Kai-Uwe Müller
kmueller@diw.de

In den letzten Jahren sind verschiedene empirische Studien zu den Beschäftigungswirkungen eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland erschienen. Die Bandbreite der simulierten Job-Verluste reicht von 140 000 bis 1,2 Millionen. Eine neue Studie des DIW Berlin auf der Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels und der Verdienstrukturserhebung 2006 zeigt, dass die simulierten Nachfrageeffekte sehr sensitiv auf Messfehler bei den Stundenlöhnen, Eingrenzungen der verwendeten Stichprobe und die unterstellten Elastizitäten der Arbeitsnachfrage reagieren. Ein allgemeiner Mindestlohn von 7,50 Euro hätte nach dieser Untersuchung eher moderate Arbeitsplatzverluste in Höhe von rund 290 000 zur Folge.

In den letzten Jahren wurde die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne in Deutschland in Politik und Wissenschaft kontrovers diskutiert. Mittlerweile ist eine ganze Reihe empirischer Studien veröffentlicht worden, die mögliche Auswirkungen eines Mindestlohns auf die Arbeitsnachfrage abschätzen.¹ Die Ergebnisse dieser Analysen weisen eine beträchtliche Bandbreite bei den simulierten Beschäftigungseffekten auf (Tabelle 1). Sie reichen von Einbußen in Höhe von rund 140 000 bis 1,2 Millionen Beschäftigungsverhältnissen. Der wirtschaftspolitische Nutzen von Ex-ante-Evaluationen und Prognosen ist begrenzt, wenn für solch substantielle Abweichungen keine Erklärungen geliefert werden.

In einer neuen Studie des DIW wird die Robustheit der simulierten Beschäftigungseffekte eines Mindestlohns von 7,50 Euro untersucht.² Das Ziel ist, die heterogenen Ergebnisse bisheriger Studien zu interpretieren und die wahrscheinlichen Folgen eines Mindestlohns für die Beschäftigungsnachfrage einzugrenzen. Die Höhe der berechneten Beschäftigungsverluste wird bestimmt von den Eigenschaften der herangezogenen Datensätze, den Abgrenzungen der Untersuchungsstichprobe, der Genauigkeit der Erfassung von Stundenlöhnen im Niedriglohnbereich sowie den getroffenen Annahmen in den zu Grunde liegenden Arbeitsnachfragemodellen.

¹ Vgl. Bachmann, R., Bauer, T.K., Kluge, J., Schaffner, S., Schmidt, C.M.: Mindestlöhne in Deutschland. Beschäftigungswirkungen und fiskalische Effekte. RWI Materialien, Heft 43, 2008; Bauer, T.K., Kluge, J., Schaffner, S., Schmidt, C.M.: Fiscal Effects of Minimum Wages: An Analysis for Germany. IZA Diskussionspapier Nr. 3875, 2008; Knabe, A., Schöb, R.: Minimum Wage Incidence: The Case for Germany. CESifo Working Paper Nr. 2432, 2008; Müller, K.-U., Steiner, V.: Mindestlöhne kosten Arbeitsplätze: Jobverluste vor allem bei Geringverdienern. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 30/2008; Ragnitz, J., Thum, M.: Zur Einführung von Mindestlöhnen: Empirische Relevanz des Niedriglohnssektors. Ifo-Schnelldienst, 10/2007.

² Vgl. Müller, K.-U.: How Robust are Simulated Employment Effects of a Legal Minimum Wage in Germany? A Comparison of Different Data Sources and Assumptions. Discussion Paper des DIW Berlin Nr. 900, 2009.

Tabelle 1

Beschäftigungseffekte eines Mindestlohns von 7,50 Euro pro Stunde in Deutschland

Vergleich verschiedener empirischer Studien

Studie	Datensatz	Einschränkungen der Lohnverteilung, Fortschreibung der Löhne	Elastizitäten	Beschäftigungseffekt	
				Personen	In Prozent ⁴
Bachmann et al. (2008)	SOEP, Welle 2006; BAP ¹ , Welle 2005	Keine Einschränkungen der Lohnverteilung, Löhne nicht extrapoliert	geschätzte Eigen- und Kreuzpreiselastizitäten	-1 189 430	-4,59
Bauer et al. (2008)	SOEP, Welle 2007; BAP ¹ , Welle 2006	2,5 Prozent der Lohnverteilung oben und unten gestutzt, Löhne nicht extrapoliert	geschätzte Eigen- und Kreuzpreiselastizitäten	-860 000	-3,34
Ragnitz/Thum (2007)	GLS ² , Welle 2001	Keine Einschränkungen der Lohnverteilung, Löhne nicht extrapoliert	unterstellte konstante Elastizität von -0,75	-1 100 000	-6,08
Knabe/Schöb (2008)	SOEP, Welle 2007	Stundenlöhne unter 2,75 Euro auf 2,75 Euro gesetzt, extrapoliert bis 2010	unterstellte konstante Elastizität von -0,75	-842 033	-2,60
Müller/Steiner (2008)	SOEP, Welle 2007	Stundenlöhne unter 3 Euro und über 150 Euro ausgeschlossen, extrapoliert bis 2008	geschätzte Eigen- und Kreuzpreiselastizitäten	-141 405	-0,59
Müller (2009)	VSE ³ , Welle 2006	Stundenlöhne unter 3 Euro und über 150 Euro ausgeschlossen, extrapoliert bis 2008	geschätzte Eigen- und Kreuzpreiselastizitäten	-290 600	-1,43

¹ Beschäftigtenpanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.² Gehalts- und Lohnstrukturerhebung.³ Verdienststrukturerhebung (erweiterte Nachfolgeerhebung der GLS).⁴ Bezogen auf das hochgerechnete Beschäftigungsniveau des jeweiligen Datensatzes.

Quelle: Darstellung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Da sich die vorliegenden empirischen Studien hinsichtlich der Annahmen sowie verschiedener Simulationsparameter unterscheiden und diese Faktoren multiplikativ verknüpft sind, ergeben sich erhebliche Abweichungen bei den Beschäftigungseffekten. Analysen auf Basis differenzierter empirischer Eigen- und Kreuzpreiselastizitäten der Arbeitsnachfrage sind Studien mit homogenen Elastizitäten überlegen, da zum einen die Wirkungen des Mindestlohns für bestimmte Arbeitsmarktgruppen gravierender ausfallen – insbesondere für geringfügig Beschäftigte – als für andere, weniger stark betroffene Arbeitnehmer (zum Beispiel qualifizierte Vollzeitkräfte). Zum anderen können Substitutionsbeziehungen zwischen diesen Gruppen abgebildet werden. Die Aktualität und Repräsentativität der Datenbasis spielt ebenfalls eine zentrale Rolle für die Größe der Effekte. Beispielsweise suggerieren die quantitativ ähnlichen Resultate von Ragnitz und Thum sowie Knabe und Schöb Robustheit der Ergebnisse. Diese methodisch vergleichbaren Simulationen basieren jedoch auf verschiedenen Datengrundlagen und sind für verschiedene Personengruppen repräsentativ.

Die Studie des DIW Berlin analysiert die Sensitivität der Beschäftigungseffekte auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) sowie der Verdienststrukturerhebung (VSE) des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2006. Der Vergleich dieser beiden Datensätze erlaubt unter anderem eine Einschätzung der Messfeh-

ler am unteren Ende der Verteilung der beobachteten Stundenlöhne, da Löhne und Arbeitszeiten in der VSE präziser erhoben werden als in Haushaltsbefragungen wie dem SOEP. Im Gegenzug können Beschränkungen in der VSE-Stichprobe – wie das Fehlen von Informationen über Arbeitnehmer in Kleinbetrieben unter zehn Beschäftigten – auf Basis des SOEP ausgeglichen werden. Der Vergleich von SOEP- und VSE-Daten hat gezeigt, dass Stundenlöhne unterhalb von drei Euro mit großer Wahrscheinlichkeit Messfehlern zuzuschreiben sind, solange es sich nicht um subventionierte Jobs oder Hinzuverdienste beim Bezug von Arbeitslosengeld II oder der Rente handelt. In den neueren Simulationsstudien zum Mindestlohn wird deshalb die Stichprobe im unteren Bereich entsprechend beschränkt.

Tabelle 2 zeigt beispielhaft auf Basis von Daten der VSE die Beschäftigungseffekte eines Mindestlohns von 7,50 Euro pro Stunde. Die Simulation der Beschäftigungseffekte basiert auf einer differenzierten Betrachtung unterschiedlicher Beschäftigungstypen und Qualifikationsgruppen sowie geschätzten Arbeitsnachfrageelastizitäten jeweils getrennt für Männer und Frauen sowie für West- und Ostdeutschland.³

³ Freier, R., Steiner, V.: 'Marginal Employment' and the Demand for Heterogeneous Labour: Empirical Evidence from a Multi-Factor Labour Demand Model for Germany. Discussion Paper des DIW Berlin Nr. 662, 2007.

Tabelle 2

Änderungen der Arbeitsnachfrage bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde

In Personen

		Output-Preis-Elastizitäten ¹			Wirkung von Stichprobeneinschränkungen ²		
		0	-1	-2	Ohne Kleinbetriebe	Mit Auszubildenden	
Westdeutschland							
Vollzeit	gelernt ³	Frauen	-4 500	-39 700	-75 000	-11 900	-12 000
		Männer	65 200	-19 400	-103 900	-6 200	-6 200
	ungelernt ⁴	Frauen	1 900	-4 400	-10 600	-1 500	-1 500
		Männer	-34 000	-46 400	-58 900	-900	-800
Teilzeit	Frauen	29 800	-12 900	-55 600	6 700	6 700	
	Männer	-16 700	-26 700	-36 800	-100	-100	
Geringfügig beschäftigt	Frauen	-48 300	-60 600	-72 800	-27 000	-27 000	
	Männer	-24 800	-30 100	-35 400	-6 700	-6 700	
Insgesamt		-31 400	-240 200	-449 000	-47 600	-47 600	
Ostdeutschland							
Vollzeit	gelernt ³	Frauen	-3 900	-14 200	-24 500	-10 100	-10 100
		Männer	3 200	-14 100	-31 400	-9 400	-9 400
	ungelernt ⁴	Frauen	1 400	700	-100	300	300
		Männer	-200	-1 400	-2 500	-700	-700
Teilzeit	Frauen	11 800	1 000	-9 900	-1 500	-1 500	
	Männer	100	-1 700	-3 500	-800	-800	
Geringfügig beschäftigt	Frauen	-13 500	-15 200	-16 800	-6 600	-6 700	
	Männer	-4 400	-5 500	-6 700	-4 300	-4 300	
Insgesamt		-5 500	-50 400	-95 400	-33 100	-33 200	

1 Extrapoliert für Betriebe mit weniger als zehn Mitarbeitern anhand von gruppenspezifischen Korrekturfaktoren auf Basis des SOEP.

2 Bei einer Output-Preis-Elastizität von -1.

3 Abschluss der mittleren Reife oder Berufsausbildung.

4 Weder mittlere Reife noch Berufsausbildung.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Die ersten drei Spalten weisen die Effekte für drei unterstellte Elastizitäten hinsichtlich des Güterpreises (0, -1, -2) aus. Die simulierten Gesamteffekte variieren mit dieser Annahme zwischen Verlusten von rund 35 000 Jobs bei vollkommen unelastischer Güternachfrage bis zu Beschäftigungseinbußen von 450 000 bei einer extrem elastischen Nachfrage (-2), die für die gesamte Volkswirtschaft unwahrscheinlich ist.

Die Annahme eines homogenen Output-Gutes ist stark vereinfachend; allerdings liegen keine differenzierten aktuellen Schätzungen zur Elastizität der Güternachfrage in Deutschland vor. Eine gesamtwirtschaftliche Elastizität von -1 impliziert immer noch eine recht elastische Güternachfrage. Nachfolgend wird daher die mittlere Simulation mit einer Output-Preis-Elastizität von -1 als Referenzszenario gesetzt, bei dem ein Beschäftigungsverlust von rund 290 000 Personen erwartet wird.

Die größten Einbußen würden mit 120 000 Jobs bei geringfügig Beschäftigten eintreten. Überdurchschnittlich sind auch ungelernete Männer mit einer Vollzeit-Stelle in Westdeutschland

betroffen. Der Abbau von Teilzeitstellen ist dagegen vergleichsweise gering – für Frauen in Ostdeutschland resultiert sogar ein leicht positiver Effekt –, da geringfügige Arbeitsverhältnisse durch Teilzeitstellen substituiert werden. Bei elastischer Güternachfrage verlieren auch qualifizierte Vollzeitkräfte ihren Arbeitsplatz, obwohl auch hier Substitutionsbeziehungen zu niedrig qualifizierten und geringfügigen Beschäftigungen bestehen. Schließlich verdeutlicht das mittlere Szenario, wie sensitiv die Simulation auf Abgrenzungen in der Datenbasis reagiert. Beispielsweise reduzieren sich die Beschäftigungseffekte um mehr als zwei Drittel, wenn die VSE-Daten nicht um Informationen über Kleinbetriebe ergänzt werden.

Fazit

Der Vergleich der Simulationsergebnisse anhand der Verdienststrukturerhebung und des SOEP hat frühere Arbeiten des DIW Berlin bestätigt. Diese ergaben, dass die Beschäftigungsverluste infolge eines Mindestlohns mit 290 000 verglichen mit Simulationen, die einen Rückgang um mehr als eine Million Jobs prognostizieren,

eher moderat ausfallen. Die höheren Effekte im Vergleich zur Vorgängerstudie des DIW Berlin resultieren aus einer hier unterstellten höheren Güternachfrageelastizität von -1 . Die vorliegende Untersuchung bietet sehr differenzierte Ergebnisse zu den Beschäftigungswirkungen eines allgemeinen Mindestlohns für einzelne Perso-

nengruppen sowie für West- und Ostdeutschland. Sie trägt darüber hinaus zur Erklärung der großen Unterschiede zwischen den Ergebnissen bisheriger Studien bei. Beides kann der Wirtschaftspolitik zu einer besseren Abschätzung möglicher Beschäftigungseffekte eines Mindestlohns verhelfen.

JEL Classification:
J23, J31, J38

Keywords:
Minimum wage,
Wage distribution,
Employment effects,
Labor demand

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.